



# Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

Nr.96 • Die Woche im Bundestag • 27.05.2011

## **Eckpunkte für Reform der Bundeswehr vorgestellt**

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat in der vergangenen Woche die Eckpunkte für die Reform der Bundeswehr und die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vorgestellt. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer grundlegenden Neugestaltung der Bundeswehr getan. Unser Ziel ist es, die Bundeswehr besser auf die neuen, internationalen Herausforderungen einzustellen. Abläufe und Organisation sollen schlanker werden, sodass von den geplanten 175 000 bis 185 000 Soldaten ein deutlich höherer Anteil für Einsätze zur Verfügung steht.

Mit dem Reformkonzept des Ministers liegt eine gründliche und präzise Analyse vor, die die Defizite benennt und Handlungsbedarf aufzeigt. Damit ist eine hervorragende Grundlage für den Erfolg einer Reform gelegt, die die Struktur der Bundeswehr auf Jahrzehnte bestimmen wird.

Jetzt geht es um die Umsetzung. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist insbesondere die Verbesserung der Personalgewinnung dringend geboten. Dazu müssen wir die Bundeswehr mit einem Attraktivitätsprogramm auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger machen. Das vom Minister vorlegte Reformkonzept ist von Fachleuten sehr positiv kommentiert worden. Dennoch ist in den kommenden Monaten auch mit Widerständen gegen einzelne Reformschritte zu rechnen. Der Minister wird sich dann auf die Unterstützung der Fraktion verlassen können.

### **Arabischen Frühling unterstützen - die G8-Partnerschaft für Demokratie.**

Derzeit treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G8 im französischen Deauville zu ihrem Gipfel. Auf der Tagesordnung steht in diesem Jahr auch die Lage im Nahen Osten und

in Nordafrika. Es geht um die Frage, wie der demokratische Umbruch unterstützt und die Beziehungen zu dieser Region langfristig auf ein solideres Fundament gestellt werden können. Dazu sind die Premierminister von Ägypten und Tunesien nach Deauville eingeladen.

Deutschland unterstützt die dortigen Reformbestrebungen nachdrücklich. Bereits im März hat die Bundesregierung die Finanzmittel für die Region kurzfristig aufgestockt und die Transformationspartnerschaft beschlossen, um den Wandel zu begleiten.

Insbesondere in Tunesien und Ägypten haben die Menschen jetzt die Gelegenheit, eine umfassende Demokratisierung ihrer Länder zu beginnen. Dazu sind jedoch viele Hindernisse zu überwinden. Die sich verschlechternden Wirtschaftsdaten und die instabile Sicherheitslage können den Reformprozess nachhaltig stören. Auch haben in letzter Zeit leider Angriffe auf die christliche Minderheit zugenommen.

### **Vertragswerk zum Europäischen Stabilitätsmechanismus nimmt Form an**

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in der vergangenen Woche den Stand der Regierungsverhandlungen zur Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus dargelegt.

Der noch nicht fertig gestellte Vertragsentwurf stellt klar, dass die deutsche Haftungshöchstgrenze von 190 Milliarden Euro nicht gegen den Willen Deutschlands ausgeweitet werden kann, weil Änderungen am Grundkapital und am Darlehensvolumen nur im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen dürfen.

Gleiches gilt für zentrale Entscheidungen wie die Billigung von Hilfsanträgen, die Konditionalität oder die Wahl der Instrumente. Nach Abschluss der Regierungsverhandlungen werden wir in nationalen Umsetzungsgesetzen festlegen, in welcher Form der Deutsche Bundestag an den einzelnen ESM-Entscheidungen beteiligt wird.

### **Antisemitische Positionen in der Linkspartei zunehmend salonfähig**

In ihrem Aufsatz „Antisemiten als Koalitionspartner?“ stellen Samuel Salzborn und Sebastian Voigt von den Universitäten Gießen und Leipzig fest, dass antisemitische Positionierungen innerhalb der Partei die „Die Linke“ in den letzten Jahren deutlich an Kraft gewonnen haben.

Ihren vorläufigen Höhepunkt habe die Entwicklung nach der Erstürmung der „Gaza-Flottille“ durch israelische Soldaten im Mai 2010 gefunden, bei der neun türkische Aktivisten starben.

Neben mehreren radikalislamischen Gruppierungen waren auch zwei Abgeordnete und ein ehemaliger Abgeordneter der Linkspartei an Bord. Wir haben die Veröffentlichung der beiden Wissenschaftler in dieser Woche zum Anlass genommen, um im Rahmen einer aktuellen Stunde das ungeklärte Verhältnis der Linkspartei zum Antisemitismus zu thematisieren.

In der letzten Wahlperiode hatten sich elf Abgeordnete der Linkspartei einem interfraktionellen Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus verweigert und waren der Abstimmung fern geblieben. Für uns gilt: Antisemitismus muss bekämpft, nicht toleriert werden.

### **Deutsche Wirtschaft wächst und wächst**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 2011 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 1,5% gegenüber dem Schlussquartal des vergangenen Jahres gestiegen.

Damit wurde rund zwei Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 bereits wieder überschritten.

Laut Statistischem Bundesamt stieg das preisbereinigte BIP im ersten Quartal 2011 gegenüber dem ersten Quartal 2010 um 5,2% an (kalenderbereinigt um 4,9%).

Das ist das höchste Wachstum seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990.

Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich vor allem von der Binnenwirtschaft. Die Wirtschaftsleistung wurde im ersten Quartal 2011 von 40,4 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 552.000 Personen bzw. 1,4% mehr als noch im Jahr zuvor.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

### **Deutsche hegen keinen grundsätzlichen Fortschrittspessimismus**

Folgt man einer neuen Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach, dann gibt es in der deutschen Bevölkerung zwar ein erhebliches Maß an Unverständnis und Ängsten gegenüber Wissenschaft und Technik.

Doch scheint diese Haltung auf dem Rückzug. 1967 sagten 56% der Befragten „Ich glaube an den Fortschritt“, nur 26% widersprachen. Zu Beginn der 1980er Jahre veränderte sich dies deutlich. 1983 sagten nur noch 31%, sie glaubten, dass die Menschheit einer immer besseren Zukunft entgegengehe, 41% glaubten nicht daran.

Seither aber steigt – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – der Anteil derer wieder an, die auf den Fortschritt vertrauen. In Westdeutschland sind es heute 42%, während 33% eine skeptische Haltung einnehmen. Trotz hoher gesellschaftlicher Anerkennung von Wissenschaft und Technik, räumen die Deutschen anderen gesellschaftlichen Zielen im Zweifel Vorrang ein.

Auf die Frage „Wenn es nach Ihnen ginge, wofür sollte man eher Geld ausgeben, für den wissenschaftlichen Fortschritt oder für die Verbesserung der sozialen Sicherheit in Deutschland?“ antworten nur 30% der Deutschen, dass es im Zweifel besser den wissenschaftlichen Fortschritt zu fördern gelte.

Eine deutliche Mehrheit von 56% ist für die Verbesserung der sozialen Sicherheit, wobei die junge Generation der unter 30jährigen etwas anders urteilt als die ältere.

*(Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach in FAZ vom 18. Mai 2011)*